

BGer 2P.311/2006 vom 4. Dezember 2006

Bundesgericht, 2006-12-04, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bger_2P.311_2006

FR: TF 2P.311/2006 du 4 décembre 2006

IT: TF 2P.311/2006 del 4 dicembre 2006

Regeste

Art. 5, 8, 9, 26, 28, 35, 36, 49, 54, 110 und 113 BV (Gesetz über die staatliche
Vorsorgeeinrichtung vom 12. Oktober 2006) | Gesundheitswesen & soziale Sicherheit

Volltext

Bundesgericht II. öffentlich-rechtliche Abteilung 04.12.2006 2P.311/2006 Tribunal fédéral
Ile Cour de droit public 04.12.2006 2P.311/2006 Tribunale federale II Corte di diritto
pubblico 04.12.2006 2P.311/2006

Art. 5, 8, 9, 26, 28, 35, 36, 49, 54, 110 und 113 BV (Gesetz über die staatliche
Vorsorgeeinrichtung vom 12. Oktober 2006) | Gesundheitswesen & soziale Sicherheit

Tribunale federale Tribunal federal { T 0/2 } 2P.311/2006 /leb Urteil vom 4. Dezember 2006
II. Öffentlichrechtliche Abteilung Besetzung Bundesrichter Merkli, Präsident,
Bundesrichter Hungerbühler, Wurzburger, Gerichtsschreiber Feller. Parteien X. _____,
Beschwerdeführer, gegen Grosse Rat des Kantons Wallis, Postfach 478, 1951 Sitten.
Gegenstand Art. 5, 8, 9, 26, 28, 35, 36, 49, 54, 110 und 113 BV (Verfassungsmässigkeit des
Gesetzes über die staatlichen Vorsorgeeinrichtungen vom 12. Oktober 2006),
Staatsrechtliche Beschwerde gegen das Gesetz des Grossen Rats des Kantons Wallis vom
12. Oktober 2006. Das Bundesgericht zieht in Erwägung: Am 12. Oktober 2006
verabschiedete der Grosse Rat des Kantons Wallis das Gesetz über die staatlichen
Vorsorgeeinrichtungen. Die Publikation erfolgte im Amtsblatt des Kantons Wallis vom 27.
Oktober 2006. Das Gesetz unterliegt gemäss seinem Art. 44 Abs. 1 dem fakultativen
Referendum; die Referendumsfrist läuft am 25. Januar 2007 ab. Mit staatsrechtlicher
Beschwerde vom 27. November 2006 beantragt X. _____ dem Bundesgericht, das
Gesetz über die staatlichen Vorsorgeeinrichtungen sei wegen Verletzung
verfassungsmässiger Rechte aufzuheben. Zugleich stellt er das Gesuch, der Beschwerde sei
aufschiebende Wirkung zu erteilen. Gemäss Art. 89 Abs. 1 OG ist die staatsrechtliche
Beschwerde binnen 30 Tagen, von der nach kantonalem Recht massgebenden Eröffnung
oder Mitteilung des Erlasses oder der Verfügung an gerechnet, dem Bundesgericht
schriftlich einzureichen. Unterliegt der Erlass dem fakultativen Referendum, beginnt die
Frist nicht mit der Publikation des Erlass textes zu laufen. Erforderlich ist zusätzlich die
Publikation des Erhaltungsbeschlusses, d.h. der Feststellung, dass entweder die
Referendumsfrist nicht benützt oder der Erlass in der Volksabstimmung angenommen
worden ist und er auf einen bestimmten (oder noch zu bestimmenden) Termin in Kraft
gesetzt werden kann (BGE 130 I 82 E. 1.2 S. 84 f., 306 E. 1 S. 309; 124 I 145 E 1b S. 148 ;
121 I 187 E. 1a S. 189 mit Hinweisen). Die vorliegende staatsrechtliche Beschwerde ist
mithin verfrüht eingereicht worden. Dies führt im Prinzip nicht zum Nichteintreten auf die
Beschwerde (BGE 124 I 159 E. 1d S. 162 ; 121 I 291 E. 1b S. 293; 117 Ia 328 E. 1a S. 330;
110 Ia 7 E. 1c S. 12; 108 Ia 126 E. 1a S. 130); vielmehr wird das Verfahren in solchen

Fällen bis zur Publikation des Erwahlungsbeschlusses sistiert (BGE 109 Ia 61 E. 1c S. 66). Von dieser Vorgehensweise kann abgewichen werden, wenn wie vorliegend besondere Umstände gegeben sind (vgl. Urteil 2P.52/2005 vom 4. Februar 2005 E. 4): Am 1. Januar 2007 wird das Bundesgesetz vom 17. Juni 2005 über das Bundesgericht (Bundesgerichtsgesetz, BGG) in Kraft treten und das heute geltende Bundesgesetz vom 16. Dezember 1943 über die Organisation der Bundesrechtspflege (Bundesrechtspflegegesetz, OG) ersetzen. Das Bundesgerichtsgesetz ist auf die nach seinem Inkrafttreten eingeleiteten Verfahren des Bundesgerichts anwendbar, auf ein Beschwerdeverfahren jedoch nur dann, wenn auch der angefochtene Entscheid nach dem Inkrafttreten des Gesetzes ergangen ist (Art. 132 Abs. 1 BGG). Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass gegen das umstrittene Gesetz vom 12. Oktober 2006 nach dessen frühestens im Laufe des Jahres 2007 - also nach Inkrafttreten des Bundesgerichtsgesetzes - möglichen Erwahlung weitere Beschwerden eingereicht werden. Diese wären nach den Verfahrensbestimmungen des Bundesgerichtsgesetzes zu behandeln. Die gleichzeitige Behandlung mehrerer Beschwerden gegen das gleiche Gesetz nach verschiedenen Verfahrensbestimmungen würde das Verfahren vor dem Bundesgericht unnötig verkomplizieren und erschweren. Die Sistierung eines bundesgerichtlichen Verfahrens wegen verfrühter Beschwerdeerhebung setzt letztlich voraus, dass die aktuellen verfahrensrechtlichen Regeln über die ganze Verfahrensdauer hinweg in Kraft bleiben, was vorliegend nicht zutrifft. Es erscheint unter diesen Umständen im Interesse klarer verfahrensrechtlicher Verhältnisse naheliegend, die verfrüht erhobene Beschwerde, für welche auch ein Gesuch um aufschiebende Wirkung gestellt worden ist, als unzulässig zu betrachten. Dem Beschwerdeführer bleibt es unbenommen, zu gegebener Zeit eine neue Beschwerde - nach den dazumal geltenden Verfahrensvorschriften - einzureichen. Auf die staatsrechtliche Beschwerde ist im vereinfachten Verfahren gemäss Art. 36a OG nicht einzutreten (vgl. BGE 118 Ia 124 E. 1 mit Hinweisen). Mit diesem Urteil wird das Gesuch um aufschiebende Wirkung gegenstandslos. Angesichts der besonderen verfahrensrechtlichen Situation rechtfertigt es sich, von der Erhebung einer Gerichtsgebühr abzusehen. Demnach erkennt das Bundesgericht im Verfahren nach Art. 36a OG : 1. Auf die staatsrechtliche Beschwerde wird nicht eingetreten. 2. Es werden keine Kosten erhoben. 3. Dieses Urteil wird dem Beschwerdeführer sowie dem Grossen Rat und dem Staatsrat des Kantons Wallis schriftlich mitgeteilt. Lausanne, 4. Dezember 2006 Im Namen der II. öffentlichrechtlichen Abteilung des Schweizerischen Bundesgerichts Der Präsident: Der Gerichtsschreiber:

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.